Nacht-Telegramme

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Wien, 23. Februar. Im Anschluß an die Nachricht von der Gefangennahme des Oberst Synge erfährt die „Pol. Corr." aus Salonichi: Die türkische Regierung wies den Gouverneur an, sich wegen allen nothwendigen Schritten mit dem englischen Konsul in Einvernehmen zu setzen. Der englische Konsul traf mit Unterstützung der türkischen Behörden alle Maßnahmen zur Befreiung des Oberst Synge. Zwei englische Avisos bewachen die Küste des Golfs.

Paris, 23. Februar. Der Senat wählte den Republikaner Zyon Gampine, den Redakteur der „Debats", mit 142 Stimmen gegen einige 20, die sich auf verschiedene Kandidaten zersplitterten, zum lebenslänglichen Senator. 95 Zettel waren unbeschrieben. Der Senat begann die Berathung des Gesetzentwurfs über die Freiheit des höheren Unterrichts. Chesnelong (Rechte) sprach gegen die Ferry'sche Vorlage. Die Deputirtenkammer nahm den Gesetzentwurf über die Zusammensetzung des oberen Unterrichtsrathes, mit den vom Senate beschlossenen Modificationen an.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen. 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 55. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Vorwiegend trübe, leichte Niederschläge, kälter. **Dresden. Dienstag, 24. Februar.**

Für den Monat März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße 13, zu 90 Pfennige, sowie für auswärts bei den Postanstalten zu 92 Pfennigen angenommen.

Politisches.

Heute kann man, ohne der europäischen Neugier Abbruch zu thun, wieder von etwas Anderem reden, als vom Petersburger Attentat; denn neue Momente haben sich bislang nicht ergeben und wie man die Schönfärberei und Vertuschungssucht unserer östlichen Freunde kennt, wird man so bald nicht klar zu sehen bekommen, ob Dynamit oder Nitroglicerin bei jenem Putsch zur Verwendung gekommen ist. Im Grunde ändert das an der Sache, soweit sie die Nachbarstaaten berührt, sehr wenig. Hauptmoment bei der Betrachtung jenes Vorkommnisses bleibt die gährende Unzufriedenheit einer großen Anzahl Angehöriger jenes Staates mit dem herrschenden Regierungssysteme. Denn jedem Attentat dortselbst sind Bitten und Drohungen vorhergegangen, das verhaßte System zu ändern, und man hat gesehen, die Bitten und Drohungen sind direkt und prompt bis auf den Schreibtisch des Kaisers gelangt und von diesem gelesen worden. Mit welchem Erfolg, kann kein Mensch wissen. Daß aber die erschütterte Seele des milden Monarchen kalt und theilnahmlos bei der Theorie des Schreckens und der Strafe beharren könnte, mit der man bis jetzt der Revolution hoffte Herr werden zu können, ist zu bezweifeln. Spätestens der 2. März wird darüber Licht verbreiten, da es sich dann entscheiden muß, ob Kaiser Alexander's Milde eine Art Verfassung bewilligt, trotz aller Verbrechen, die sie ihm haben abtrotzen wollen, oder ob seine Verbitterung sich gesteigert hat bis zu dem freilich gefährlichen Satz: es bleibt nun erst recht Alles wie zuvor.

Der 20. Februar war nicht eben der Geburtstag eines neuen europäischen Staates, aber er hat einem vor zwei Jahren noch unter der Abhängigkeit des osmanischen Reiches stehenden Staate die Anerkennung der Unabhängigkeit seitens der Centralmächte: Deutschland, England und Frankreich gebracht. Das vor dem Kriege noch von der Türkei abhängige Rumänien steht seit dem 20. Februar mit Bewilligung obiger Mächte auf eigenen Füßen. Ebenso wurde durch den Berliner Congreß vor zwei Jahren Bulgarien als selbstständiger Staat geschaffen. Daß es sich wohlbefinde, daß es lange existire u. dgl. mehr, ist damit nicht gesagt, denn so gut wie der 1877er Krieg und der Berliner Congreß die 1856er Akte von der Unverletzlichkeit der Türkei annullirt haben, ebenso gut kann ein fernerer Zufall den Berliner Frieden und die Existenz Bulgariens in die Rumpelkammer werfen. Hätte die starke „Friedensmacht" Deutschland 1876 den Krieg Rußlands gegen die Türkei verhindern wollen, so war es dies vollständig im Stande, und nur durch die freundschaftlichen Gefühle, die man in Berlin für Rußland hegte, hegt und hegen wird, behindert. Selbst vor Plewna konnte Deutschland dem russischen Zertrümmerungskrieg noch Einhalt thun. Daß es nicht geschehen ist, zeigt deutlich genug: Deutschland, wie die übrigen Signatarmächte, handeln nur wie es ihnen paßt und daß man Bulgarien geschaffen, hat eine nur untergeordnete politische Bedeutung. Wichtiger sind die merkantilen Folgen. Die Bedeutung der Unterdonau und Konstantinopels für unsern Handel wird kein aufmerksamer Beobachter unterschätzen. Gerade wir Deutschen, die wir in neuerer Zeit ein großes Exportgebiet um das andere verloren haben, sollten uns jetzt rühren, da unsere Industrie hauptsächlich auf die Ausfuhr angewiesen und durch den ehedem blühenden Export groß entwickelt worden ist. Erst seit wenigen Jahren beschäftigen uns die nahen Unterdonaustaaten in commercieller Beziehung etwas lebhafter, und gerade der Akt, welcher Bulgarien selbstständig gemacht hat, sollte für die Handelskammern eine Mahnung zur Thätigkeit sein. Der türkische Zolltarif ist kein einheitlicher für die Türkei, sondern für jeden Staat, der mit der Türkei einen Handelsvertrag geschlossen hat wiederum ein verschiedener, ohne daß eigentlich eine erhebliche differenzielle Begünstigung der einen oder anderen Nation stattfände. Es hat eben jeder Staat für die wichtigsten Artikel seines Landes die günstigste Tarifirung zu erlangen gesucht. Wo eine angemessene Tarifirung nicht zu erlangen war, einigte man sich auf einen Werthzoll, der im Allgemeinen auf 8 Proc. hinausläuft. Die Einfuhr beträgt im Durchschnitt 120 Mill. Gulden, und haben den bedeutendsten Antheil an diesem Importwerth Baumwoll- und Leinenwaaren, sowie Wollstoffe im Betrage von 16½ Mill. Gulden pr. anno. Während England, Oesterreich, Italien und Griechenland mit 850—560,000 Tonnen vertreten sind, sind wir Deutschen nur mit 40,000 Tonnen in Fahrt. Die untergeordnete Rolle der deutschen Industrie bei einem so bedeutenden Import von Manufakten ist bedauerlich. Im Importgeschäft deutscher Firmen ist indeß eine erfreulichere Wendung eingetreten, namentlich in Posamenten, deren civile Preise die französische und englische Waare zurückgedrängt haben, ferner in Tuchen aus Preußen, in Mode-, Strumpf- und Wollwaaren aus Sachsen, das auch an den Posamenten mit Theil hat. Sachsen und die sächsischen Herzogthümer haben ferner mit Glück hier die sogenannten Hemi-Cotons eingeführt, welche für türkische Trachten sehr begehrt sind; ferner braucht man dort Blau- und Rothgarne, Möbelstoffe, Tuche, Woll- und Baumwollstoffe, Stickwolle, Lederduche, Fensterrouleaux und Shawls. Dieser erste Anlauf ist aber nur eine Etappe, die das englische und französische Prestige noch lange nicht alterirt. Wohl aber fragt sich's jetzt, ob der Donauweg in das Herz Bulgariens nicht eine neue Aera für den deutschen, insonders sächsischen Import wachrufen sollte.

Aber freilich, für das Naheliegende geschieht wenig genug, während die „Nordd. Allg. Ztg." die Trommel rührt für die Godeffroy-Gründungen in der Südsee. Das Blatt meint:

„Man macht sich den Unterschied zwischen überseeischem Länderbesitz mit Staatshoheitsrechten und einem auf Plantagenbesitz gestützten Handel mit überseeischen Ländern nicht genügend klar. Nur von einer vorübergehenden Unterstützung einer Gesellschaft ist die Rede, welche das unternehmen und weiter führen will, wozu sich die anderweitig engagirten Mittel einer einzelnen Firma nicht mehr als ausreichend erwiesen haben und zwar um zu verhüten, daß dieses Unternehmen dem deutschen Handel verloren gehe und dem fremden Handel als Mittel zur Bekämpfung der deutschen Concurrenz diene."

Das klingt sehr schön. Aber alle Weisheit der Berliner Bankiers (und die ist wirklich sehr groß) kann uns nicht belehren wie lange man „vorübergehend" deutsches Geld in die Südsee werfen muß, um jene Gründung zu consolidiren. Und ferner ist es doch wohl selbstredend, daß der Staat für eine durch den Reichstag sanctionirte Gründung aufkommen müßte, falls die Samoa-Inseln uns in Conflikt mit anderen Nationen verwickeln sollten. Dann hätten wir wieder einen hübschen Anlaß zu neuen Marinemilitärforderungen, und das Alles für Itzig, Veit und Rosenstock?

Daß unsere Militärausgaben gerade groß genug sind, beweist soeben der unerbittliche Zahlen-Richter in einer Broschüre der Fortschrittspartei über die neue Militärvorlage, deren Inhalt von besonderer Bedeutung für die bevorstehende Berathung des Militärgesetzes ist. Die Broschüre behandelt eingehend die frühere preußische, die deutsche Heeresorganisation von 1867 bis 1880, die Friedensstärke des deutschen Heeres ꝛc. Richter sagt:

„Als Kriegsstärke der deutschen Armee ergiebt sich jetzt ein Bestand von 1,700,000 Mann, dies ist das Minimum künftiger deutscher Heeresaufstellung bei voller Rüstung, darunter an Infanterie 1,070,000 Mann. Aus einer Zusammenstellung ergiebt sich, daß Armee und Marine in den Jahren von 1872 bis 1879/80 4127 Millionen Mark, also im Jahresdurchschnitt eine halbe Milliarde Mark gekostet und daß die fortgesetzte Steigerung der ordentlichen Ausgaben die mit beendigtem Etablissement abnehmenden einmaligen Ausgaben der Art aufwiegt, daß in den Gesammtausgaben eine Abnahme kaum wahrzunehmen ist. Nach dem dem Reichstage vorliegenden Etat pro 1880/81, auf welchen die neue Militärvorlage nicht ohne Einfluß ist, betragen die laufenden Ausgaben für die Armee 326 Millionen Mark, die für die Marine 27½, die Ausgaben für Pensionen 49½, die einmaligen Ausgaben für Heer und Marine 53 Millionen Mark. Dies ergiebt im Ganzen einen Jahresaufwand für Heer und Marine von 455 Millionen Mark, wovon für das Heer 47 Mill. Mark Deckung aus französischem Fonds genommen sind. Die übrigen 408 Mill. Mark werden mit 27 Mill. aus Anleihen, mit 381 Mill. aus laufenden Einnahmen gedeckt. Da die gesammten Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchs- und Stempelsteuer des Reiches 314½ Mill. und aus Matrikularbeiträgen 97 Mill., wovon indeß 40½ Mill. in Gegenrechnung von den 314½ Mill. abgehen, nur 371 Mill. Mark betragen, so beanspruchen trotz französischer Fonds und Anleihen, die auf die laufenden Einnahmen entfallenden Ausgaben für Heer und Marine noch 10 Millionen Mark mehr, als die gesammten Zölle, Steuern und Matrikularbeiträge aufzubringen vermögen."

Die gesammten laufenden und einmaligen Ausgaben der Civilverwaltung des Reiches belaufen sich nur auf 19 Millionen Mark — 455 Millionen für's Militär, 19 Millionen für Civilverwaltungsbedürfnisse — da möchten Einem die Augen vor Wehmuth übergehen und kaum beneidet man den Abg. Ackermann, daß er einem Reichstag mit zu präsidiren berufen ist, der solche im Mißverhältniß stehende Summen zu bewilligen hat. Die Wahl Ackermann's an sich ist für uns Sachsen eine Genugthuung, wenn schon sie mit der denkbar spärlichsten Majorität (4 Stimmen) vollzogen worden ist und also als eigentliche Vertrauenskundgebung der Reichsboten nicht aufzufassen ist. Möge sich der jüngste, zweite Vicepräsident, wenn ihm Schwierigkeiten erwachsen, mit einem Verschen trösten, das Platen den Nachfolgern Schiller's zurief. Es lautet (an Stelle des classischen Schiller den Präsidenten Simson setzend):

Denn schwierig ist's, mit Würde sich zu fassen
Auf einem Stuhl, den — Simson leer gelassen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 23. Februar. Der Reichstag, in die zweite Etatsberathung eintretend, genehmigte die Etats des Bundesraths, Reichskanzlers und der Reichskanzlei unverändert, bewilligte unter Ablehnung des Hänel'schen Streichungsantrags den für den Staatssecretär des Auswärtigen geforderten Mehrbetrag, verwies die Etatsposten für die Einrichtung des Consulats in Apia auf Samoa, die Kosten für die Herausgabe des deutschen Handels-Archives, die Etatspost für den neuen Sekretär bei dem Reichsgesundheitsamt nachträglich an die Budgetcommission und genehmigte die Etats des Ministers des Auswärtigen, des Reichsamts und des Innern sonst unverändert. Im Laufe der Debatte erklärte der Budgetcommissar, die Gründung des Consulats in Apia hänge in keiner Weise mit der Vorlage über die Südseegesellschaft zusammen, bei letzteren handle sichs überhaupt nicht um ein Staatsgeschäft oder eine Staatsgesellschaft, sondern lediglich um den Schutz der nationalen deutschen Interessen. Das Haus genehmigte schließlich den zur Plenarberathung gestellten Heeresetat, ausgenommen einige wenige nachträglich an die Budget-Commission verwiesene Posten. Der Kriegsminister stellte entschiedenst in Abrede, daß die Militärgesetznovelle in einem nahe bevorstehenden Kriege ihre Veranlassung habe. Bei dem Beginn der Berathung hatte der Bundes-Commissar Burlow das Nicht-Erscheinen des Reichskanzlers entschuldigt.

Berlin, 23. Februar. Die „Norddeutsche" weist auf die beabsichtigte Anlage von Befestigungen an der Westgrenze Rußlands bei Kowno, Bialystock und Grodno hin. In maßgebenden Kreisen könne schwerlich eine Besorgniß vor einem Angriff Deutschlands auf Rußland vorhanden sein, indeß ganz zwecklos würden nicht solch ausgedehnte kostspielige Festungsanlagen unternommen. Der nächste Zweck dürfte sein, dem russischen Volke den Eindruck zu machen, als fürchte man den Angriff Deutschlands; gelinge diese Vorstellung zu erzeugen, so sei von da bis zur feindlichen Erregung gegen den bedrohlichen Nachbar kein weiter Weg mehr. Wenn es wahr wäre, daß die russ. Pläne gegen uns, als deren Hauptbeförderer der Kriegsminister Milutin gelte, nur bis dahin aufgeschoben seien, wo Frankreich fertig sei; dann könnte man in diesen Befestigungen gegen den friedlichen Nachbar die Vorbereitungen einer gesicherten Basis für den künftigen Angriffskrieg gegen Deutschland erblicken. Weder Frankreich noch Rußland hätten jemals Angriffe von Deutschland erfahren; die kolossalen Rüstungen beider Staaten, welche zwingend auf das übrige Europa wirkten, könnten daher nur auf die aggressive Politik berechnet sein.

Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König nahm gestern Vormittag ½12 Uhr die Rapporte von den höheren Hofchargen, sowie nächstdem die Vorträge der Herren Staatsminister entgegen.

— Der Kammerherr, Rittmeister d. R. Max von Arnim hat das Komthurkreuz des Sachsen-Weimarischen Ordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken erhalten.

— Der Handschuhfabrikant Mauer in Leipzig hat auf sein Ansuchen das Prädikat „Königl. Hoflieferant" erhalten.

— Landtag. Gestern hielten beide Kammern Sitzungen ab. In beiden Kammern wurde ein königl. Dekret verlesen, welches den Schluß des Landtags auf den 4. März festsetzt. Die I. Kr. beschäftigte sich mit der kommunalen Besteuerung der Wanderlager. Die Regierungsvorlage beschränkt sich darauf, die einer solchen Besteuerung entgegenstehende Bestimmung der revidirten Städteordnung aufzuheben. Die Deputation (Ref. Bürgermeister Heinrich) hat sich damit nicht begnügt, sondern vielmehr analog dem preußischen Gesetze über die kommunale Besteuerung der Wanderlager feste Vorschriften über die Art der Erhebung und die Höhe der Steuer (Wanderlager 40 Mk. pro Woche, Waarenauctionen 40 Mk. pro Tag) gemacht. Der Referent schilderte drastisch die Uebelstände des Wanderlagerwesens, dem unsere Industrie die Bezeichnung „Billig und schlecht" verdankt, das die Leute zu überflüssigen Ausgaben verleite und die reellen Geschäftsleute schädige. Abg. Pelz hatte große Bedenken gegen den Deputationsentwurf, der auch den Gewerbebetrieb im Umherziehen und den Vertrieb landw. Produkte treffe. Bürgermeister Heinrich bestritt dies. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen sei schon anderweit gesetzlich geregelt. Auch schließe der Entwurf ausdrücklich den Waarenverkauf auf Messen, Jahrmärkten und öffentlichen Ausstellungen aus. Dr. André verwies im Anschluß daran auf die Bestimmung des Entwurfs, welche das Ministerium des Innern berechtigt, gewisse Gewerbearten oder einzelne Fälle steuerfrei zu lassen. Abg. Pelz blieb dabei, der Entwurf sei undeutlich. Oberbürgermeister Dr. Georgi fand, daß die Deputation den Begriff „Wanderlager" mit Unrecht als einen juristisch feststehenden betrachte. Er sprach ferner gegen die Aufstellung eines Durchschnittsgesetzes, der kleine Wanderlagerbetriebe ebenso treffe als große dergl., wo es sich um Millionen handle. Der Ref. replicirte, der Begriff Wanderlager habe sich so eingelebt, daß er keiner Interpretation bedürfe, und erklärte eine einheitliche Regelung für nothwendig. Wenn man den Gemeinden überlasse, ob sie Steuer erheben wollten oder nicht, könne es vorkommen, daß z. B. Schloßchemnitz von einer Besteuerung abgehe, während Chemnitz eine solche einführe. Der Wanderlagermensch werde die Lücke bald herausfühlen, sich in Schloßchemnitz niederlassen und von hier aus den Chemnitzer Gewerbestand schädigen. Oberbürgermeister Dr. Stübel theilte die General'schen Bedenken. Es handle sich hier um einen temporären Uebelstand, dem durch gesetzliche Maßregeln nicht beizukommen sei. Man fördere damit nur das Raffinement der betr. Gewerbtreibenden heraus. Dieselben würden dann ihr Gewerbe in einer anderen Form betreiben, in der ihnen nicht beizukommen ist. Das Gesetz sei also nur ein Schlag ins Wasser. Dr. Georgi entgegnete auf die Ausführungen des Referenten, daß es Wanderlagerbetriebe gäbe, die wohl ihre Berechtigung hätten. Da der Deputationsentwurf nicht von Wochenmärkten spreche, so fielen die, welche dieselben beschickten, mit unter die steuerpflichtigen Wanderlager. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärte, die Regierung behalte sich ihre Stellung zu dem Deputationsentwurfe vor, bis derselbe die Berathung beider Kammern passirt. Das Bedenken Pelz' erledige sich dadurch, daß nur von den Betrieben die kommunale Wanderlagersteuer erhoben werde, von denen die gleiche staatliche Steuer zu erheben sei. Ein Antrag des Abg. Pelz auf ausdrückliche Befreiung der Nahrungsmittel, landw. Produkte und Gegenstände des Wochenmarktsverkehrs wurde abgelehnt, nachdem v. Erdmannsdorf diese Fassung als zu weit gehend bezeichnet hatte, da auf den Wochenmärkten Alles zu bekommen sei. Schließlich wurde der Deputationsentwurf gegen 4 Stimmen angenommen. — Die 2. Kammer nahm das Gesetz über die Erhebung der Erbschaftssteuer (Ref. Abg. Kirbach) einstimmig und das Gesetz über das Amtsehrenrecht der Rechtsanwälte (Ref. Abg. Müller-Colditz) gegen 19 Stimmen an. Gegen den Advokaten-Talar sprachen die Abgg. Dr. Minckwitz, Lehmann und Dr. Schafrath. Letzterer bezeichnete die Anschaffung der Erneuerung der Talare als eine lebenslängliche Besteuerung der Rechtsanwälte zu Gunsten der Schneider (Heiterkeit). Justizminister Dr. v. Abeken erklärte, es habe der Regierung fern gelegen, die Würde des Richters durch Talare heben zu wollen; aber eine gewisse äußerliche Norm erhalte der Kleidung sei ebenso unerläßlich als entsprechende Räume. Der Talar sei bereits im ganzen übrigen Deutschland eingeführt. Er glaube nicht, daß sich ein Rechtsanwalt weigern sollte, sich dem Gesetze zu fügen. Abg. Uhle-Plauen berichtete sodann über Petitionen aus Deuben und Potschappel um weitere Handhabung resp. Modifikation des Gesetzes vom 10. Dezember 1870, die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier betr. Den Petenten, Barbieren, Friseuren und Schnittwaarenhändlern, hat die amtshauptmannschaftliche Delegation in Potschappel verboten, Sonntags Nachmittags ihre Geschäfte offen zu haben, was in den Nachbarorten erlaubt ist. Die Deputation beantragte: Die Petitionen, so weit sie von Barbieren und Friseuren ausgehen, der Regierung zur Erwägung, soweit sie von Schnittwaarenhändlern ausgehen, der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen wurden. Die Abgg. Grahl und v. Seydewitz sprachen für die Petenten, Abg. Riethammer für eine strenge Sonntagsfeier, Abg. Walter für mildere Handhabung oben bezeichneten Gesetzes. Geh. Regierungsrath Eppendorf sagte baldige Erwägung zu, worauf die Deputationsanträge angenommen wurden.

Auf dem Belvedere vereinte gestern Nachmittag ein Präsidenten-Diner die Mitglieder des Landtags.

— Gestern Nachmittag 5 Uhr begann hier der Durchgang des böhmischen Eises bei einem im Laufe des Tages um 1½ Meter gewachsenen Wasser. Die Elbe zeigte sich ganz dicht bedeckt von meist kleinen Schollen. — Das von Boaslgesang bis Schandau gestandene Eis ist früh 7 Uhr hier durchgegangen. In Mielnik begann der Eisgang schon Nachts 1 Uhr, in Aussig früh 5 Uhr, in Bodenbach — bei dem höchsten Wasserstand von 390 Centim. über Null — früh 9 Uhr, in Schandau Vorm. 10 Uhr bei einem Wasserstand von 210 Centim. über Null.

— Das am Freitag auf der Rosenstraße plötzlich verstorbene Mädchen ist, wie die erfolgte ärztliche Untersuchung ergeben hat, nicht in Folge von Vergiftung, sondern an einem Herzschlag verschieden.